

Antragsheft 2_____

**2. Tagung des 9. Landesparteitages
am Samstag, 17. Februar 2024
in Hannover, Bürgerhaus Misburg,
Seckbruchstr. 20, 30629 Hannover**

Landesparteitag (2. Tagung)



am Samstag, 17. Februar 2024
im Bürgerhaus Misburg
Seckbruchstr. 20, 30629 Hannover

Geänderte Tagesordnung und Zeitplan (Vorschlag)

Top 1	Begrüßung und Formalien	11.00 Uhr
Top 2	Awareness und Änderung der Geschäftsordnung	11.15 Uhr
Top 3	Bericht Landesvorstand und Thesen der Landesvorsitzenden zur aktuellen Lage	11.30 Uhr
Top 4	Generaldebatte	11.45 Uhr
	Mittagspause	13.00 Uhr
Top 5	Satzungsändernde Anträge	13.30 Uhr
Top 6	Grußwort „Wir fahren zusammen“	14.00 Uhr
Top 7	Nachwahl Landesvorstand	14.15 Uhr
Top 8	Wahl Bundesausschussdelegierte	14.45 Uhr
Top 9	Nachwahl Landesschiedskommission	15.15 Uhr
Top 10	Antragsbehandlung	15.30 Uhr
Top 11	Abschluss	16.30 Uhr

Änderungsanträge

Antragsantrag zum S 1

Antragstellerin: Heike Boldt, KV Oldenburg-Ammerland

Ersetze in Satz 2 „...dann soll mit einem Doppelpunkt gegendert werden.“

durch „... dann soll mit einem Sternchen (*) gegendert werden.“

Begründung:

Der Deutsche Blindenverband empfiehlt für das Gendern NICHT den Doppelpunkt. Sie sagen, dass alle Sonderzeichen problematisch sind, also auch das Sternchen, dass aber vor allem der Doppelpunkt eine andere Funktion hat und nicht empfohlen wird. So ist es auch an anderen Stellen zu lesen und zu hören - z.B. von Schwerbehindertervertretungen in Betrieben, die sich am Blindenverband orientieren. Also Behindertenvertretungen, die sich dem Gendern annehmen, raten vom Doppelpunkt ab und empfehlen die Verwendung des Sternchens.

Auch diesen Aspekt von inklusiver Sprache sollten wir berücksichtigen.

Hier steht die Erklärung: <https://www.dbsv.org/gendern.html>

Änderungsantrag zum S 4

Antragsteller*in: KV Salzgitter

Die Sätze "Die Mandatsträgerbeiträge für Mandatsträger*innen im Sinne von (1) betragen grundsätzlich mindestens 30% der Aufwandsentschädigungen. Werden zusätzlich zur Aufwandsentschädigung Sitzungsgelder bezahlt, beträgt die Höhe der Mandatsträger*innenbeiträge mindestens 50% der Aufwandsentschädigung. Sitzungsgelder, Fahrtkosten, Verdienstauffälle u. ä. Erstattungen sind von dieser Berechnung ausgenommen."

wird wie folgt geändert:

"Die Mandatsträgerbeiträge betragen grundsätzlich mindestens 30% der Gesamtsumme aus Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgeldern."

Gerade in kleinen Kommunen finden nur wenige Sitzungen im Jahr statt.

So findet in der Samtgemeinde Baddeckenstedt in der Regel nur eine Ratssitzung im Quartal statt, und die Fachausschüsse tagen auch nur 2- bis 3-mal im Jahr. Gerade alle Einzelmandatierten dürfen sich ja nur einen Fachausschuss aussuchen. In der Samtgemeinde Baddeckenstedt wird eine Aufwandsentschädigung und zusätzlich Sitzungsgelder gezahlt.

Wenn man dann als Einzelmandatierter nur an 6 Sitzungen im Jahr teilnehmen kann, dann werden diese Ratsmitglieder gegenüber den Ratsmitgliedern benachteiligt, die jeden Monat Sitzungen haben.

In Salzburg erhalten z.B. die Ortsratsmitglieder nur ein Sitzungsgeld. Diese müssten nach dem Antrag S6 keine Mandatsträgerabgabe mehr abführen.

Diese Regelung führt zu mehr Beitragsgerechtigkeit, auch wenn dies zur Folge hat, dass besonders bei Mandatsträgern in kleinen Kommunen die Aufwandsentschädigung monatlich schwankt.

Initiativ- und Dringlichkeitsanträge

11

Positionspapier zur Landwirtschaft

Antragsteller*in: Ökologische Plattform Niedersachsen

Nach einer seit Jahrzehnten verfehlten Agrarpolitik hängt die Landwirtschaft immer mehr am Tropf der Förderprogramme, Subventionen und Zuschüsse. Von diesem System profitieren in erster Linie die großen Agrarproduzent*innen und am Ende die vier großen Lebensmittelkonzerne (REWE, EDEKA, ALDI und LIDL) mit ihren milliardenschweren Eigentümer*innen. Währenddessen kommen viele kleinere Landwirt*innen kaum über die Runden. Ihr Alltag ist von Existenzängsten, Überarbeitung, zunehmender Bürokratie und Prekarisierung geprägt. Die Bäuerinnen und Bauern, die Beschäftigten in der Landwirtschaft, Lohnfahrer*innen und Erntehelfer*innen brauchen auskömmliche Löhne und gute Arbeitsbedingungen.

Die Streichung der Agrardieselsubventionierung und der Kfz-Steuerbefreiung ist aktuell nur der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Sie ist keine wirksame Maßnahme im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation, da Alternativen zum Agrardiesel noch fehlen bzw. die Anreize auf andere Antriebe umzusteigen, zu schwach waren. Auch in Zukunft wird die Landwirtschaft auf – dann defossilisierte – Energieträger mit einer hohen Energiedichte angewiesen sein.

Wenn es um den Abbau klimaschädlicher Subventionen geht, dann sollte die Regierung das Dienstwagenprivileg streichen. Wenn sie es ernst meint mit dem Umweltschutz, dann sollte sie das Kerosin besteuern. Auch haben wir kein Ausgabenproblem, sondern ein Einnahmeproblem. Wenn Geld fehlt, sollte der Finanzminister es sich bei den Besitzern von Aldi, Lidl & Co. oder aus dem Rüstungshaushalt holen.

Die Ursachen für die Probleme im Agrarsektor liegen jedoch viel tiefer. Der Fehler ist im System.

Die Landwirtschaft muss aus ihrer Subventionsabhängigkeit herausgeführt werden. Gleichzeitig dürfen die Lebensmittelpreise nicht weiter steigen, sondern es müssen die Gewinnmargen von Handelsketten begrenzt werden. Dazu muss die Marktdominanz der Lebensmittelriesen von Aldi bis Rewe, der Mega-Molkereien und großen Schlachthöfe verringert und die Verhandlungsmacht der Landwirt*innen gestärkt werden. Nötig sind gerechte Lieferbeziehungen, ein starkes Kartellrecht und die Entflechtung der die Wertschöpfungskette dominierenden Oligopolstrukturen. Wir setzen auf die Förderung regionaler, genossenschaftlich organisierter Erzeugergemeinschaften oder von Selbstversorgungsstrukturen wie der solidarischen Landwirtschaft, auf dezentrale Verarbeitungskapazitäten und Eigenvermarktungsstrukturen. Erzeugung, Verarbeitung, Vermarktung und Verbrauch müssen wieder räumlich zusammen gebracht werden. Ein Zusammenschluss und die Kooperation von Bäuerinnen und Bauern könnte die Marktmacht der großen Konzerne brechen, eine direkte Vermarktung vor Ort die Handelsgewinne bei den Erzeuger*innen belassen und unsinnige Transporte verringern. Die Überproduktion und

der ruinöse Wettbewerb auf dem Rücken der kleinen und mittleren Betrieb muss aufhören.

Der Nutztierbestand in Niedersachsen (Rinder, Schweine, ...) nimmt weiter zu. Die massive Ansiedlung agrarindustrieller Tierfabriken in Niedersachsen wollen wir beenden. Daher setzen wir uns für eine Begrenzung von sog. Großvieheinheiten pro bewirtschafteter ha Fläche ein. Zusätzlich wollen wir auf Bundesebene die Vorgabe von Mindesterzeugerpreisen beispielsweise für Milch und Fleisch unterstützen und unlautere Handelspraktiken konsequent verbieten.

Die Agrarwirtschaft wird jedoch europaweit immer stärker auf den Export ausgerichtet. Dies trägt zur Zerstörung lokaler landwirtschaftlicher Strukturen in vielen Ländern des globalen Südens, aber auch hier vor Ort bei. Von niedrigen Erzeugerpreisen profitieren nur die Ernährungsindustrie und die Handelsketten. Ebenso erschweren landwirtschaftliche Importe von auch hier anbaubaren Grundnahrungsmitteln die sozialen und ökologischen Erzeugungsbedingungen weiter. Die Linke tritt für eine (Land)Wirtschaft der möglichst kurzen Wege ein. Dafür unterstützen wir auch verarbeitendes Handwerk bzw. dessen Wiederansiedlung.

GAP-Prämien (Gemeinsame Agrarpolitik der EU) müssen zu Betrieben mit tatsächlichem Bedarf umverteilt werden. Sie müssen z.B. für die Junglandwirt*innenförderung eingesetzt werden, wie es in Thüringen, Rheinland-Pfalz und Brandenburg auch getan wird. Ebenso können Gelder aus dem GAP nochmals zusätzlich für die Stärkung des ländlichen Raumes und somit auch für eine nachhaltige Landwirtschaft eingesetzt werden. An dieser Stelle passiert in Niedersachsen viel zu wenig. Ca. 5 % der landwirtschaftlich genutzten Flächen wird nach den Prinzipien des ökologischen Landbaus bewirtschaftet. Deutschlandweit sind es knapp 10 %. Das Ziel im Koalitionsvertrag der Bundesregierung für 2030 sind 30 %.

Landwirtschaft lohnt sich heute fast nur noch, wenn die Flächen und Ställe immer größer werden. Der Trend zu größeren landwirtschaftlichen Betrieben hält seit Jahrzehnten an. Seit 1960 hat die Zahl der Betrieb um ca. 80 % abgenommen. Ursächlich ist, dass kleine Betriebe häufig aus zahlreichen Gründen nicht wirtschaftlich zu betreiben sind. Weiterhin handelt es sich in ca. 80 % der Fälle um Familienbetriebe, für die heute häufig – auch aus wirtschaftlichen Gründen – kein*e Nachfolger*in gewonnen werden kann.

Dieser Zwang zu Wachstum verdrängt die landwirtschaftliche Vielfalt in unseren Dörfern. Nicht mehr die Förderung nach Flächengröße, sondern die Honorierung von ökologischen und sozialen Leistungen und die Orientierung an den regionalen Begebenheiten muss im Mittelpunkt der Förderung stehen. Es braucht wirksame Regeln für Düngung, Pflanzenschutz, Viehbesatz und Fruchtfolgen. Den Einsatz von Gentechnik und Umweltgiften wie Glyphosat auf den Feldern lehnen wir in jeder Weise ab. Diese Regeln müssen transparent, langfristig gültig und nachvollziehbar für die Betriebe sein und mit weniger statt mehr Bürokratisierung einhergehen. Nur so lohnen sich nachhaltig Investitionen. Gerade kleinere Betriebe müssen entlastet werden von dem immer höheren Aufwand von Dokumentationspflichten, Nachweisen und Antragsallerlei. So bleibt mehr Zeit für die Arbeit auf den Feldern und so kann die Landwirtschaft ihrer Verantwortung für Boden, Klima, Gewässer und Artenvielfalt gerecht werden.

Besonders kleine Betriebe haben oftmals keine Chancen mehr, zu bezahlbaren Preisen Land zu erwerben oder zu pachten. Der Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen und die Neugründung von kleinen Betrieben muss erleichtert werden. Für Investor*innen

aus der ganzen Welt sind Böden zu einer krisensicheren Geldanlage geworden, so gehören z.B. in Brandenburg schon 70 Prozent der Ackerflächen außerlandwirtschaftlichen Investoren. Für viele überraschend, dass nicht der nette Bauer von nebenan auf seiner Scholle gräbt, sondern das Land in Hand von Rüstungskonzernen wie ThyssenKrupp, Immobilienkonzernen wie DeutscheWohnen liegt oder gleich dem Lebensmittelriesen ALDI selbst gehört. Was Wenigen Profite sichert, hat für die Landwirtschaft oft Preissteigerungen, Lohndumping, Selbstausbeutung und gerade für migrantische und saisonale Hilfskräfte auch unfaire Arbeitsbedingungen sowie schlussendlich Betriebsaufgaben zur Folge. Unter die Räder kommen dabei kleine und mittlere Betriebe. Bauernland gehört nicht in Investorenhand.

Die weitere Versiegelung von wertvollem Ackerboden muss beendet werden. Jeden Tag erhöht sich allein in Niedersachsen die Verkehrs- und Siedlungsfläche um ca. 6 ha. Es darf keine Nettoversiegelung von Flächen geben, das heißt, für jede versiegelte Fläche muss eine mindestens gleich große Fläche entsiegelt werden.

Oft betrifft der Flächenverlust hochwertige landwirtschaftliche Böden für die Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln sowie nachwachsenden Rohstoffen. Die Versiegelung hochwertiger landwirtschaftlicher Flächen in Deutschland ist äquivalent zur Zerstörung von Regenwald am Äquator. Ausgleichsflächen oder -pflanzungen, wenn es sie denn überhaupt gibt, finden sich oft auf schlechteren Böden, zerstören gewachsene Biotope oder werden unsachgemäß gepflegt.

Die daraus resultierende Bodenverknappung hat allgemein steigende Pachtpreise zur Folge. Die Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen in Deutschland sind zwischen 2010 und 2020 um ca. 60 % gestiegen, der Trend hält an. Wir diskutieren deshalb, unter Beachtung aller relevanter Faktoren, weiter darüber generell die Versiegelung von Böden mit mehr als 60 Bodenpunkten komplett zu verbieten. Kommunen könnten wir darin stärken, ihr Land nach Kriterien der Gemeinwohlverpachtung zu vergeben. Die agrarstrukturellen Auswirkungen des Flächenverbrauchs gefährden die Betriebe in ihren Einkommens- und Entwicklungspotenzialen oder gar in ihrer Existenz. Boden ist kein Dreck unter unseren Füßen und erst recht keine Ware, sondern unsere Lebensgrundlage!

Die Linke Niedersachsen steht für eine sozial-gerechte und ökologische Landwirtschaft, die die Versorgung der Menschen mit wertvollen Lebensmittel ins Zentrum stellt und gute Arbeitsplätze schafft. Wir kämpfen dafür, dass die Versorgung der Menschen mit Agrarprodukten und Lebensmitteln am Gemeinwohl orientiert ist und nicht an den Profiten der Lebensmittelkonzerne. Gemeinsam mit Landwirtinnen und Landwirten wollen wir eine ökologische, gemeinwohlorientierte Landwirtschaft gestalten, von der sie gut leben und wir uns gut ernähren können – in Niedersachsen und weltweit.

Friedenssicherung!

Antragsteller*innen: Birgit Wiechmann, Elke Licht, Jörn Brünjes, Uli Priester und Utz Weißenfels; KV Osterholz

Der Landesparteitag möge beschließen:

In den letzten Tagen übertreffen sich die Forderungen nach mehr und schnellerer Hochrüstung für die Bundesrepublik Deutschland.

Wir stellen fest, dass die dauernd weitergehende militärische Aufrüstung viel Leid in die Welt bringt und wenig Probleme nachhaltig löst. Wir fordern daher die Bundesregierung auf sich verstärkt für internationale diplomatische Lösungen von Konflikten einzusetzen und nicht weiter Milliarden, die wir dringend für sozialen Ökoubau und Bildung benötigen in Rüstung zu investieren!

Begründung:

Immer weiter werden die Grundpfeiler einer Menschenwürde, Freiheit und solidarischen Gemeinschaft durch neofaschistische Kräfte nach rechts verschoben. Viele große „Volksparteien“ gefallen sich darin dann mit eigenen Forderungen diese „Volksstimme“ zu bedienen. Bisher sind die Faschisten dadurch nicht weniger sonder mehr geworden. Der Fehler, der schon bei der Migrationsfrage gemacht wurde, darf jetzt bei der Militarisierung nicht wiederholt werden.

Bewerbungen

Es liegen folgende Bewerbungen vor (Stand 14. Februar 2024):

Landesvorstand

Karlheinz Paskuda

Delegierte Bundesausschuss

Katharina Dahme

Hilke Hochheiden

Jorrit Bosch

Finn Bothe

Thorben Peters



Kandidatur für den Landesvorstand von Karlheinz Paskuda

Hallo,

am Landesparteitag am 17. Februar finden Nachwahlen zum Landesvorstand statt; daher möchte ich mich hiermit für einen Platz in diesem Vorstand bewerben.

Einbringen kann ich meine Kompetenz im Bereich Wohnungspolitik: nach 10 Jahren im Vorstand des Mietervereins Mannheim, nach nunmehr 7 Jahren Mitarbeit bei den Kritischen Immobilien-Aktionär*innen und im bundesweiten Netzwerk Mieten&Wohnen, nach langjähriger Mitarbeit im DMB-Arbeitskreis große Wohnungsbauunternehmen und nunmehr zwei Jahren Arbeit im Bündnis "Gutes Wohnen für alle" in Göttingen und jetzt auch wohnungspolitischer Sprecher des KV Göttingen/Osterode kann ich sicher zur wohnungspolitischen Kompetenz des LaVo einiges beitragen. Mitorganisiert habe ich im September 21 eine bundesweite Mietendemo in Berlin, in Göttingen ab 2022 Veranstaltungen mit Caren Lay, Katalin Gennburg und Knut Unger (teilweise organisiert über den Rosa-Luxemburg-Club). Für die kommenden Wahlkämpfe kann ich sicher gute inhaltliche Arbeit leisten.

Ich bin zudem Gründungsmitglied der bundesweiten Initiative "Aufstehen gegen Rassismus" (gegründet 2016 in Frankfurt) und habe die Arbeit dieser Initiative im Rhein-neckar-Raum maßgeblich mitgetragen. Auch hier kann ich sicher mit den Kenntnissen der fünfjährigen Arbeit (bis zum Umzug 2021) einiges beitragen.

Beste Grüße

Karlheinz Paskuda,
aus Göttingen
Tel. 0551.78956159, mobil: 0157.31574999
www.karlheinz-paskuda.de

Kandidatur für den Bundesausschuss

Katharina Dahme, 37 Jahre, KV Göttingen

LV Niedersachsen



Liebe Genoss:innen,

in der vergangenen Legislatur habe ich erstmals den Landesverband Niedersachsen im BA vertreten und das Gremium durchaus zu schätzen gelernt als einen Ort, wo aus allen Ländern und Spektren ganz unterschiedliche Sichtweisen aufeinandertreffen – man sich aber jenseits von Abstimmungen für die unterschiedlichen Herangehensweisen auch wirklich interessiert hat. Beispielhaft war dafür der Austausch zum Erstarben der Rechten und unsere Strategie dagegen, die im BA begonnen wurde und im März bei der Sitzung fortgesetzt werden soll. Weil ich diese Diskussionen als bereichernd empfinde, würde ich mein Engagement dort gerne fortsetzen und werbe darum, von euch erneut „entsendet“ zu werden.

Meine Erwartungen an den Bundesausschuss und an unsere Delegation sind:

- 1) Aufgrund der regionalen Zusammensetzung hat der Bundesausschuss eine andere (nicht automatisch höhere, aber auch nicht geringere) Legitimation als der Parteivorstand und ist daher eine sinnvolle Ergänzung bei den Entscheidungen, die im PV getroffen werden. Das kann auch mal eine notwendige Kontrollfunktion sein, sollte aber nicht in einem Dauer-Kontrolletti und Gegenpol zum PV ausarten.
- 2) Die Vertreter:innen aus Niedersachsen sollten sich darum bemühen, die Interessen ihres Landesverbandes im BA zu vertreten, nicht ihre persönlichen. Dafür ist ein regelmäßiger Austausch mit der Breite der Mitgliedschaft bzw. den Landesgremien notwendig.
- 3) Weil die Mitgliedschaft – weder in den erwähnten Gremien, noch an der Basis – nicht homogen ist, sollten wir uns darum bemühen, die politischen Unterschiede zwischen uns allen auch in der Delegation abzubilden.

Zu meiner Person:

Ich bin seit über 20 Jahren Mitglied zuerst in der Brandenburger PDS, dann Linkspartei.PDS und nun in der Linken, habe 2007 als Bundessprecherin der Linksjugend solid die Fusion der Jugendverbände mitvorbereitet. Ich kenne die Partei im Osten wie im Westen, in guten wie in schlechten Zeiten. Für mich war immer die Verankerung in anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen wichtig, insbesondere mein Ehrenamt als Vorstandsvorsitzende beim Fußball-Regionalligisten SV Babelsberg 03, wo ich als Frau leider nach wie vor eine Ausnahme bin. Ich stehe in keiner beruflichen Abhängigkeit zur Partei, sondern bin froh, dass ich andere Hobbys zum Beruf machen konnte, indem ich als Lektorin bei einem Buchverlag Sport-, insbesondere Fußballbücher mache.

Ich bin in Potsdam aufgewachsen, habe in Berlin studiert und gelebt und wohne nun seit drei Jahren mit zwei Töchtern und einem Stiefsohn in Teilzeit in Göttingen. Im Kreisverband bin ich Kassenprüferin (irgendjemand muss es ja machen!) und seit kurzem aktiv im Rosa Luxemburg Club.

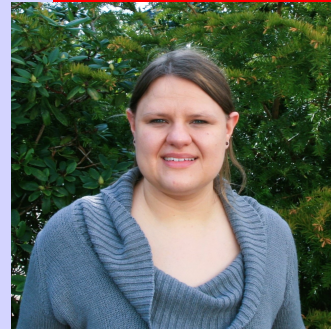
Kandidatur für den Bundesausschuss

Liebe Genoss*innen,

Wenn die letzten Jahre eines gezeigt haben, dann dass wir in der Linken mehr miteinander reden und konstruktiv über die richtigen Strategien streiten müssen – um dann gemeinsam raus zu gehen, um sie umzusetzen. Der Bundesausschuss hat dabei für den Austausch zwischen den Landesverbänden und die gemeinsame Willensbildung eine Kernfunktion. Ich kandidiere für den Bundesausschuss, weil ich dabei für Niedersachsen mitwirken will. Ich möchte als Teil unserer Delegation die Positionen unseres Landesverbands in die Diskussion einbringen und die Erkenntnisse und Ergebnisse aus den Diskussionen in die Fläche tragen. Für die Arbeit unserer Delegation halte ich daher eine enge Rückkopplung mit dem Landesverband und die Gremien und Formate zum Austausch zwischen den Kreisverbänden für essentiell.

Ich bin 2011 während meines Studiums in Baden-Württemberg in die Linke eingetreten und war bis zu meiner Rückkehr in die alte Heimat fünf Jahre Mitglied im dortigen Landesverband. Für die Parteiarbeit hilft mir der Vergleich – wie mit welchen Herausforderungen umgegangen wird, welche Konzepte wie wirken, was ist situativ bedingt, was unter welchen Bedingungen historisch gewachsen – noch immer. Entsprechend wichtig ist mir gerade auch der informelle Austausch am Rande der (Präsenz-)Sitzungen und die Vernetzung zwischen den Landesverbänden. Das ich beruflich viel mit Verwaltungen verschiedener Bundesländer zu tun habe und auch auf der Ebene mit Unterschieden und Gemeinsamkeiten der Länder, kann für das Verständnis dabei hilfreich sein.

Politisch beschäftige ich mich derzeit primär mit Kommunalpolitik, insbesondere mit Infrastruktur in ländlichen Räumen. Innerhalb des Landesverbandes arbeite ich derzeit primär an Strukturthemen und in meiner Freizeit singe ich im Chor.



- ▶ Hilke Hochheiden
- ▶ KV Oldenburg Land
- ▶ Kreistagsabgeordnete
Landkreis Oldenburg
- ▶ Alter: 30 Jahre
- ▶ Mitglied bei: ver.di, VVN-BdA,
amnesty international

Kandidatur als Delegierter für den Bundesausschuss

von **Jorrit Bosch**, 26 Jahre, KV Braunschweig

Liebe Genossinnen, Liebe Genossen,

gerne möchte ich mich als Delegierter für den Bundesausschuss bewerben und mich vorab kurz bei euch vorstellen. Ich bin seit 2019 Mitglied in unserer Partei und seit Anfang 2022 aktives Mitglied im Kreisverband Braunschweig. Durch den Landtagswahlkampf 2022 motiviert, habe ich mich im Februar 2023 zur Wahl des Vorsitzenden in Braunschweig aufstellen lassen. Seitdem bin ich, gemeinsam mit Anke Schneider, Vorsitzender des Kreisverbandes Braunschweig.

In Braunschweig haben wir es geschafft, in kürzerer Zeit viele inaktive und neue Mitglieder in die Strukturen und Arbeitsweisen des Kreisverbandes zu integrieren. Nach anfänglichen Schwierigkeiten hat sich die Mitgliederzahl stabilisiert und wir konnten in der letzten Mitgliederstatistik des Landesverbandes den prozentual zweitstärksten Mitgliederzuwachs verzeichnen. Aber: Aktivität muss in Wahlergebnisse umgesetzt werden und diese werden nur mithilfe guter und aktiver, politischer Arbeit erzielt. Deshalb bildete sich im letzten Jahr der Arbeitskreis „Mieten und Wohnen“ des Kreisverbandes, der sich auf die (rote) Fahne geschrieben hat, großen Immobilienkonzernen in Braunschweig den Kampf anzusagen. Prompt folgten die ersten Haustürgespräche und Unterstützungsangebote für Mieterinnen und Mieter. Kurzum: Wir haben es geschafft, den Kreisverband aus seinem Winterschlaf zu wecken.

Ich bin fest davon überzeugt, dass meine Erfahrung, mein Engagement und meine Leidenschaft für die Basisarbeit der Linken mich zu einem wertvollen Mitglied des Bundesausschusses machen. Mir ist es ein wichtiges Anliegen, dass insbesondere kleinere Kreisverbände praktikabel unterstützt und entlastet werden, damit die politische statt der organisatorischen Arbeit im Vordergrund stehen kann. Ich bin der Überzeugung, dass wir gerade in Zeiten der größten Krise der jüngeren Parteigeschichte kritisch, aber konstruktiv aufarbeiten müssen, warum wir das Vertrauen von Wählerinnen und Wählern verloren haben. Mit vielen von euch stehe ich im Austausch, für die Anderen will ich ansprechbar sein, um auch die Meinung der breiten Mitgliedschaft in Niedersachsen in den Bundesausschuss zu tragen.

Abschließend ein paar Worte zu meiner Person: Ich bin in Lüneburg geboren und aufgewachsen, habe nach der Schule für wenige Monate in Göttingen gewohnt und lebe seit 2019 in Braunschweig. Hier habe ich auch mein Studium der Sozialwissenschaften mit den Schwerpunkten Vergleichende Regierungslehre und Arbeitssoziologie abgeschlossen. Seit dem Abschluss meines Studiums arbeite ich für unseren Bundestagsabgeordneten Victor im Regionalbüro in Braunschweig. Ich bin Mitglied bei Ver.di, dem Forum gegen Rechts e.V. und dem REFUGIUM Flüchtlingshilfe e.V.

Ich freue mich darauf mich persönlich vorstellen zu dürfen.

Mit solidarischen Grüßen, Jorrit



Bewerbung von Fynn Bothe für den Bundesausschuss

Moin Liebe Genoss*innen

Mit dieser E-Mail möchte ich meine Kandidatur für den Platz einer delegierten Person für den Bundesausschusses kundgeben.

Ich bin Fynn, 23 Jahre alt und arbeite als Maurer. Ich engagiere mich seit einigen Jahren in der Klimagerechtigkeitsbewegung - Students for Future, Leinemasch Bleibt oder Wirfahrenzusammen. Ich habe die Lützi bleibt Demo in Hannover und die Leinemasch bleibt Demo vom 1.10 mitorganisiert.

Von 2018-2023 habe ich Kommunalpolitik in Barsinghausen betrieben und dort meine Schwerpunkte auf Sport und Ehrenamt sowie die Klimaneutralität Hannovers gelegt. Der ewige eintönige Kampf mit der Verwaltung im Rathaus hat mich einige Ebenen höher schauen lassen, weshalb ich für diesen Posten kandidieren möchte. Hinzu kommt meine Ansicht, dass aktivistische Arbeit mehr und mehr gepaart werden sollte mit unserer Parteipolitik.

Ich möchte außerdem daran mitwirken, dass ich morgens auf der Baustelle Spott und Hohn über die Bundesregierung höre und im nächsten Satz Verbesserungsvorschläge von den Linken. [...] dass alle Abgehängten und Hilfesuchenden dieses Landes nach oben schauen und ihr Glück nicht im Nach-Unten-Treten finden. [...] und dass ein Eklat entsteht, wenn SPDler offen über eine Herausnahme aller Verteidigungskosten aus der Schuldenbremse sprechen, obwohl es so vielen im Land an Grundbedürfnissen fehlt.

DIE LINKE braucht kein neues Parteiprogramm, um das umzusetzen, es braucht bessere Kommunikation - und dabei will ich helfen!

Liebe Grüße
Fynn Bothe, Hannover



Bewerbung für den Bundesausschuss



Kandidatur: Thorben Peters

Kreisverband DIE LINKE. Lüneburg

*„Wenn es zum Marschieren kommt, wissen viele nicht
Daß ihr Feind an ihrer Spitze marschiert.
Die Stimme, die sie kommandiert
Ist die Stimme ihres Feindes.
Der da vom Feind spricht
Ist selber ein Feind.“*
Bertolt Brecht, Svendborger Gedichte, 1939.

Liebe Genoss:innen,

unsere Herausforderungen wachsen: Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, das Säbelrasseln der NATO und das Aufrüstungsprogramm Deutschlands stehen der globalen Lösung von Problemen wie Flucht, Hunger, Pandemien und der Klima entgegen. Meist sind es die Ärmsten, die in den Krieg geschickt werden, meist sind es die Ärmsten, die die Kriegskosten bezahlen müssen. Wir müssen ausbrechen aus einer Welt in der es mittels des Rechts des Stärkeren vor allem um Absatzmärkte, geopolitische Interessen und Rohstoffe gehen soll. Es braucht Frieden, die Verwirklichung der Menschenrechte und weltweite Entspannungspolitik. Schluss mit Milliardenprofiten von Rüstungs- und anderen Konzernen. Wir wissen besseres mit dem Geld anzufangen. Es braucht eine starke LINKE als konsequente Friedenspartei, die sich traut die Eigentumsfrage zu stellen und Anwältin der Armen ist. Dafür müssen wir anspruchsvoller, mutiger und vor allem kämpferischer werden. Denn in jeder bedrohlichen Krise, steckt auch eine Chance die Dinge entscheidend zum Besseren zu wenden.

DIE LINKE als sozialistische Partei hat dafür eine hohe Verantwortung, für eine alternative Gesellschaft, frei von Ausbeutung und Krieg. Zerstritten, mit Mangel an Strategie und ohne klares Profil werden wir dieser Verantwortung nicht gerecht. Wir brauchen Positionen, die sich nicht dem Mainstream anpassen, sondern so radikal sind wie die Wirklichkeit. Parteien mit blassen Plakatgesichtern und karrierestrebsamen Lebensläufen gibt es genug. Wir sind dafür da, aus passivem Unmut aktive Gegenwehr zu machen und damit sind wir nicht allein. Gemeinsam im Bündnis mit Gewerkschaften, Bewegungen, Verbänden und Initiativen, müssen und können wir mit Solidarität und Elan vorangehen. Dafür müssen wir mehr Menschen überzeugen, den Kopf zu heben, sich einzumischen und sich zu organisieren. Wir dürfen uns nicht wie die anderen Parteien von Lobbygruppen, Stimmungsmache oder Medienkonzernen treiben lassen. Auch werden nicht die großen Persönlichkeiten die Lösung bringen. Wir müssen eine lebendige Mitglieder- und Programmpartei werden, lernen miteinander zu streiten und aus Erfahrungen jeder Generation zu lernen – Ost wie West. Dafür will ich mich weiter im Bundesausschuss einsetzen.

Zur Person: Ich bin insbesondere bildungspolitisch, antifaschistisch sowie friedenspolitisch aktiv, Mitglied des Geraer Sozialistischer Dialog, der LAG Bildung, dem VVN-BdA, der Falken, der GEW sowie Gründer des Friedensbündnis Lüneburg. Ich bin seit 2013 Mitglied der Partei und seit 2015 im Vorstand des Kreisverbandes DIE LINKE. Lüneburg, seit 2017 im Landesvorstand DIE LINKE Niedersachsen und seit 2019 Delegierter des Bundesausschusses.

Mit sozialistischen Grüßen

Thorben Peters

